

Weimarer Republik und „Drittes Reich“

Einführung

Dieses Jahrhundert war das Jahrhundert zweier Weltkriege, die sowohl politisch als auch wirtschaftlich, international wie national bis heute nachwirken. Die ihnen vorausgegangenen politischen Entscheidungen und Zielsetzungen berührten das südbadische, von dem anfangs politisch übermächtigen Preußen weit entfernt gelegene Schopfheim scheinbar nur am Rande, d.h. im Rahmen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen des damaligen Deutschen Reiches. Diese und besonders die im „Dritten Reich“ zum Maßstab aller Lebensbereiche gesetzte Ideologie des Nationalsozialismus prägten aber nicht nur das kommunalpolitische Geschehen sondern auch die zwischenmenschlichen Beziehungen und das gesellschaftliche Leben der Gemeinde.

Die Grausamkeit der Kriege und die dadurch verursachten Menschenverluste, von denen viele Schopfheimer Familien betroffen waren, bewirkten tiefe Wunden im Bewußtsein der Menschen. Nicht weniger stark, vor allem aber nachhaltiger wirkten sich die durch den Faschismus und Rassismus der Nationalsozialisten verursachte perverse Verdrehung oder gar Verneinung bisher mehr oder minder als selbstverständlich geltender moralischer oder besser menschlicher Werte aus. Die Konsequenzen in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus, die zahllosen Opfer – Juden, Polen und Russen, Angehörige so vieler Nationen und Völker, politisch oder religiös Andersdenkende –, auch in Schopfheim, sind hinlänglich bekannt und nicht zu leugnen.

Die örtlichen Ereignisse in der Vergangenheit wie in der Gegenwart waren und sind nicht rein lokal, Orte leben nicht für sich allein. Es gibt kein

Deutschland belangendes historisches Ereignis, das nicht in einem gesellschaftlichen und politischen ‚Mikrokosmos‘ wirksam wird. Schopfheim stellte keine Ausnahme im Zusammenhang der deutschen Geschichte des vergangenen Jahrhunderts dar: Weder blieb es vom Nationalsozialismus verschont, noch trat es durch abweichende Ausführung der von oben dirigierten Politik und der jeweils üblichen politischen Verfahrensweise in besonderem Maße hervor.

Dennoch ist die Mentalität der Bewohner einer Gemeinde, die spezielle soziale, von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen gekennzeichnete Lokalpolitik während der hier dargestellten Phase durchaus als typisch zu verstehen. Unter anderem bedingt durch die allgemeine politische und wirtschaftliche Entwicklung des gesamten Wiesentals, geprägt durch Schopfheims damalige Stellung als Sitz des Bezirksamts und als Standort der seit September 1889 bestehenden Handelskammer, erhielt die Stadt ihr eigenes Gesicht. Der Ausbau der Industrie in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, vornehmlich der Textilindustrie aber auch der Papier- und Leinwandindustrie, der dadurch bedingte Zuzug von Auswärtigen, vor allem von Arbeitern und Handwerkern, aber auch das Auftreten von kapitalkräftigen Unternehmern förderten das Wirtschaftsleben der Stadt und schufen dadurch das Potential für die Entwicklung hin zum modernen Schopfheim.

Möchte man die Situation der Stadt während der historischen Phase der ersten deutschen Republik beleuchten, kommt man nicht umhin, einen kurzen Blick auf die Jahre der Kaiserzeit zu werfen, in der Baden nunmehr als einer der Gliedstaaten in der neuen Staatsschöpfung des Reichskanzlers Otto von Bismarck aufging. Die bereits erwähnte In-

dustrialisierung, der sich immer stärker abzeichnende Wandel vom Agrar- zum Industrieland und auch der nach dem deutsch-französischen Krieg um das nunmehr zum deutschen Reich gehörige Elsaß erweiterte Absatzmarkt boten dem Wiesental beste Voraussetzungen für den Ausbau seines Wirtschaftslebens. In dem der Handelskammer Schopfheim unterstehenden Wiesen- und Hochrheintal dominierte die Textilindustrie mit fast 70%, überwiegend die Baumwollspinnerei, -weberei und -veredelung. Seit Ende des 19. Jahrhunderts bestanden – anders als in dem weiter landwirtschaftlich geprägten Umland – im Bereich der heutigen Kernstadt nur drei große Höfe fort, sie wurden von den Besitzern verpachtet. Der örtliche Ferkel- und Großviehmarkt behielt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regionale Bedeutung.

Parallel mit der wirtschaftlichen Entwicklung ging auch eine gesellschaftliche Veränderung vor sich,

die sich nachhaltig auf die politische Landschaft des Wiesentales, damit auch Schopfheims, vor allem in der Weimarer Republik auswirken sollte. Mit der zunehmenden Zahl der Arbeiterschaft, gefördert durch zugezogene Arbeiter und Handwerker und angeregt durch eingehende Kontakte zu Arbeiterorganisationen in der benachbarten Schweiz, entwickelte sich bis zum Ersten Weltkrieg im Wiesental eine politisch rege Arbeiterschaft, die auf das lokalpolitische Klima einwirkte und schließlich zu Beginn der Weimarer Republik durch die sogenannten Arbeiter- und Soldatenräte beträchtlichen Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung in den Gemeinden zu gewinnen versuchte. Darüber hinaus wurde die SPD als politische Organisation der Arbeiterschaft auch zum Motor für Demonstrationen und Protestversammlungen zur Durchsetzung verbesserter Arbeits- und Lohnverhältnisse. Dem wirtschaftlichen Aufschwung war zu Beginn dieses Jahr-



hunderts bereits eine Krise gefolgt, welche die auf den Textilsektor konzentrierte Wirtschaft in der Region und damit auch einen Teil der Unternehmen in der Markgrafenstadt traf¹⁾. Überproduktion, sinkende Marktpreise, Kurzarbeit, ausbleibende Reallohnsteigerungen sowie entsprechender Kaufkraftverlust kennzeichneten die Lage der Textilbranche. Diese Entwicklung verschärfte sich im Ersten Weltkrieg.

Da an dieser Stelle nur die NS-Zeit in Schopfheim dargestellt werden soll, sind zugunsten der besseren Lesbarkeit die themenfremden Passagen entfernt worden. Der vollständige Text bzw. das Buch kann im Stadtarchiv Schopfheim eingesehen werden.

Die Errichtung der NS-Herrschaft

Am 3.2.1933, wenige Tage nach der Machtübernahme Hitlers, setzte die NSDAP in ihrem Presse-organ „Der Alemanne“ zu einer unverhohlenen Drohung wegen der Vorgänge am 29.1. an. Die zynische Kritik zielte dabei auf Landrat Dorner, der sich für das Demonstrationsverbot gegen die KPD eingesetzt hatte. In dem Artikel hieß es: *„Herr Landrat Dorner aus Schopfheim fällt ‚höchst angenehm‘ auf ... Es ist sehr merkwürdig, Herr Landrat, daß Sie uns verbieten, diesem roten Gesindel entgegenzutreten, in einer Zeit, in der ein solches Verbot wirklich nicht angebracht war. Man kann sich nämlich heute kein rotes Fräckchen mehr verdienen, indem man die Nazis schikaniert, Herr Landrat. Vielleicht kommen wir auf diesen Sonntag noch einmal zu sprechen, Herr Dorner.“*⁵¹⁾ Mit dieser Drohung hatte die NSDAP ihr wahres Gesicht gezeigt und zwar in einer Weise, die sogar dem NSDAP-Bezirksrat und Kreisleiter Blank zu offensichtlich war. Er erkannte in einer Unterredung Dorners Beschwerde gegen den Artikel im „Alemannen“ an und erklärte, daß dieser ohne sein Wissen und Einverständnis gedruckt worden wäre. In Blanks am 4. Februar an Dorner persönlich gerichtetem Schreiben drückte er sein Bedauern darüber aus und bescheinigte Dorner, – es klingt angesichts der in den folgenden Jahren manifestierten Praxis der Nationalsozialisten absurd – als Staatsbürger korrekt gehandelt zu haben.⁵²⁾

Die Durchsetzung des absoluten Machtanspruchs der Nationalsozialisten bzw. die Gleichschaltung und Unterwerfung möglichst aller gesellschaftlichen und politischen Bereiche unter das nationalsozialistische Führerprinzip nahmen nun ihren Lauf. Politische Gegner wurden künftig radikal ausgeschaltet. Dennoch wagte man in Schopfheim noch den offenen Protest.⁵³⁾ Vom 28. Februar, dem Tag nach dem von den Nationalsozialisten für den Kampf gegen die Kommunisten genutzten Reichstagsbrand stammt die „Verordnung zum Schutze



Stahlhelm Schopfheim 1933

von Volk und Staat“; sie wurde schließlich zum Mittel, gegen unliebsame politische Kritik vorzugehen, sie konsequent zu unterbinden. Diese sogenannte Reichstagsbrandverordnung bot die Voraussetzung zur Beschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechts auf freie Meinungsäußerung, der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Eingriffe in das Postgeheimnis gehörten ebenso dazu, wie die Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen. Den Höhepunkt dieser gegen die Grundsätze der Demokratie verstoßenden Maßnahmen bildete im Laufe der folgenden Monate die Inhaftierung politisch Andersdenkender, vor allem von Kommunisten – auch in Schopfheim. Noch vor dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 wurden auf diese Weise die freiheitlichen Grundrechte im Sinne und im Interesse der Nationalsozialisten außer Kraft gesetzt, was vor allem im Vorfeld der für den 5.3.1933 anberaumten Reichstagswahlen zum Tragen kam.

In Schopfheim wurden Beschwerden laut, wonach eine Ausschließung von zur Wahl zugelassenen Mitbürgern versucht worden sei. Dabei handelte es sich offensichtlich um erst relativ neu in die Stadt zugezogene Arbeiter, die nach der von Faller gegenüber dem Gemeinderat geäußerten Kritik gezielt von der Wählerliste ausgeschlossen worden seien.⁵⁴⁾ Reichsweit waren die parteipolitischen Presseorgane der Gegner systematisch behindert bzw. verboten worden, so auch die von Waldemar Herty in Schopfheim herausgegebene Zeitung der KP „Die rote Wacht“.

Bereits wenige Tage vor der Wahl, am 2. März, wurden in Schopfheim Führer und Funktionäre der linken Arbeiterorganisationen und -parteien verhaftet und zur „Schutzhaft“ in das Gefängnis gebracht, um deren Anhänger einzuschüchtern. Während die mit Emil Faller zusammen Verhafteten meist bald wieder gegen Abgabe einer Loya-



Aufmarsch in Schopfheim 1933

litätserklärung freigelassen wurden,⁵⁵⁾ war es beispielsweise für Faller der Beginn einer insgesamt fünfjährigen Haftzeit. Aufgrund seiner politischen Agitation wurde er zunächst zu einem Jahr Gefängnisstrafe, später KZ-Haft verurteilt. Nach Verbüßen der Haft wurde er im Jahre 1936 wegen sogenannter „Vorbereitung zum Hochverrat“ ein weiteres Mal verhaftet und verurteilt.⁵⁶⁾ Er und seine Mitgefangenen durchlebten eine Jahre andauernde, quälende Odyssee durch Gefängnisse und Konzentrationslager (z.B. im für diese Zwecke neu errichteten KZ auf dem Heuberg bei Stetten, in den KZ Kislau und Buchenwald oder im bei Bad Dürkheim für „Schutzhäftlinge eingerichteten KZ Ankenbuck“).

Das hinderte allerdings die Parteigenossen und Freunde zu Hause nicht daran, ihren Kampf gegen die nationalsozialistische Herrschaft fortzusetzen. Die eigene Sicherheit und die der Fa-

milien außer Acht lassend, schloß man sich konspirativ zusammen, führte die Parteiarbeit illegal weiter, verteilte antifaschistische Flugblätter und versuchte, mit den Genossen in der benachbarten Schweiz in Kontakt zu bleiben. So wurden Fallers Frau Frieda und Angehörige von anderen verhafteten Arbeiterführern ständig beobachtet und zeitweise ebenfalls in „Schutzhaft“ genommen.⁵⁶⁾ Die Reihe der politischen Opfer in Schopfheim umfaßt neben Adolf Müller, Emil Faller, Ernst Kaiser und Fritz Strauß als Gemeinderäte noch 11 Bürgerratsmitglieder, wie etwa Eduard Jehly oder Otto Morgenstern, die aufgrund ihres politischen Engagements in den Arbeiterparteien und ihrer offenen Gegnerschaft zu den Nazis verfolgt wurden.

Am Morgen des Wahltages, am 5.3.1933, war in Schopfheim bereits widerrechtlich die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus gehißt worden. Nach

dem Wahlergebnis erhielt die NSDAP reichsweit noch keine absolute Mehrheit, in Schopfheim fielen aber bei einer Wahlbeteiligung von etwa 94% allein 1218 Stimmen auf die NSDAP. Sie übertraf damit knapp die Ergebnisse der beiden Arbeiterparteien, falls man sie zusammenrechnete (SPD: 450 bzw. KPD: 601 Stimmen). Die übrigen bürgerlichen Parteien, etwa das Zentrum (277), der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot (192), die DVP (66) oder die DStP (48) spielten für das Wahlergebnis keine Rolle mehr.⁵⁷⁾

Wenige Tage nach der Wahl, am 8.3.1933, fiel die Polizeigewalt in Baden an Gauleiter Robert Wagner, was gleichzeitig den Auftakt für die Gleichschaltung des Landes bedeutete. Mit den am 31.3. und am 7.4.1933 folgenden Gleichschaltungsgesetzen wurde das Ende der bisherigen badischen Regierung besiegelt und Wagner als Reichsstatthalter eingesetzt. Im Anschluß an die nationalsozialistische Umbildung des badischen Parlaments wurde die Gleichschaltung auf lokaler

Ebene fortgesetzt. Die bestehenden Gemeinderäte wurden aufgelöst, eine Neubildung erfolgte entsprechend dem Wahlergebnis vom 5.3.1933, wobei die für die Kommunisten abgegebenen Stimmen keine Berücksichtigung mehr fanden. Der politische Machtausbau auf kommunaler Ebene wurde nicht zuletzt durch die neue Gemeindeordnung vom 31.1.1935 vervollständigt. Mit der Durchsetzung des Führerprinzips wurde der Bürgermeister zum alleinigen Vertreter und Entscheidungsorgan der Gemeinde, die Gemeinderäte standen ihm nur noch beratend zur Seite. Ebenso wie der Posten des Bürgermeisters wurden Spitzenpositionen in der Kommunalverwaltung künftig bevorzugt an nationalsozialistische Parteifunktionäre vergeben. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7.4.1933, das die Entlassung von Beamten aus rassistischen, politischen oder allgemeinen dienstlichen Gründen ermöglichte, schuf den Nationalsozialisten freie Hand bei der Personalpolitik.



Finanzamt Schopfheim am 1. Mai 1935



Gemeinderat der Stadt im Rathausaal um 1933/1934, untere Reihe 2. v.r. der spätere Bürgermeister Otto Blank

1935 übernahm in Schopfheim Otto Blank das Amt des Bürgermeisters und löste damit den seit 1931 amtierenden Dr. Alfred Kefer, Major a.D. (DNVP), ab. Von der DNVP aus Badenweiler nach Schopfheim gerufen, war er 1934 von der Ortsgruppe der NSDAP schließlich zum Rücktritt veranlaßt worden. Mit Blank trat nun ein Mann an seine Stelle, der nicht nur in engster Verbindung zur Partei stand, sondern darüber hinaus in seiner Rolle als Kaufmann und in der Funktion als späterer Gauwirtschaftsberater und Präsident der Handelskammer enge Kontakte zur Wirtschaft unterhielt und diese auch für die Interessen der Gemeinde zu nutzen wußte. So gelang es ihm, die Maschinenfabrik Wittig wie auch die Firma Freudenberg nach Schopfheim zu bringen. „Er beeinflusste maßgeblich die Sanierung der Papierfabrik Johann Sutter AG und förderte den Verkauf derselben an die Firma Freudenberg“, wie Karl Seith in seiner Stadtgeschichte geschrieben hat. Nachdem im Zuge der Pläne zur Zusammenlegung der

Handelskammern die Stellung der Handelskammer Schopfheim zeitweise ungewiß war, gewann diese unter anderem auch durch Blanks Bewerbung als künftiger Leiter dieser Außenstelle der Badischen Industrie und Handelskammer wieder an Bedeutung. Die Verbindung von politischen und wirtschaftlichen Interessen in einer Person konnte dabei nur von Vorteil sein.⁵⁸⁾

Am 10.7.1933 konnte der Reichsminister des Inneren Wilhelm Frick die „nationale Revolution“ als beendet erklären. Soweit noch neben der NSDAP weitere Parteien existiert hatten, waren sie bis zu diesem Zeitpunkt aufgelöst worden bzw. hatten sich wie die DStP (Deutsche Staatspartei) oder das Zentrum selbst aufgelöst. Am 2.5.1933 waren bereits die Gewerkschaften verboten worden. – Nach der politischen Machtübernahme standen die lokalen NS-Führer zunächst unter starkem Legitimationsdruck. Sie mußten beweisen, daß sie imstande waren, etwas Besseres zu leisten als ihre



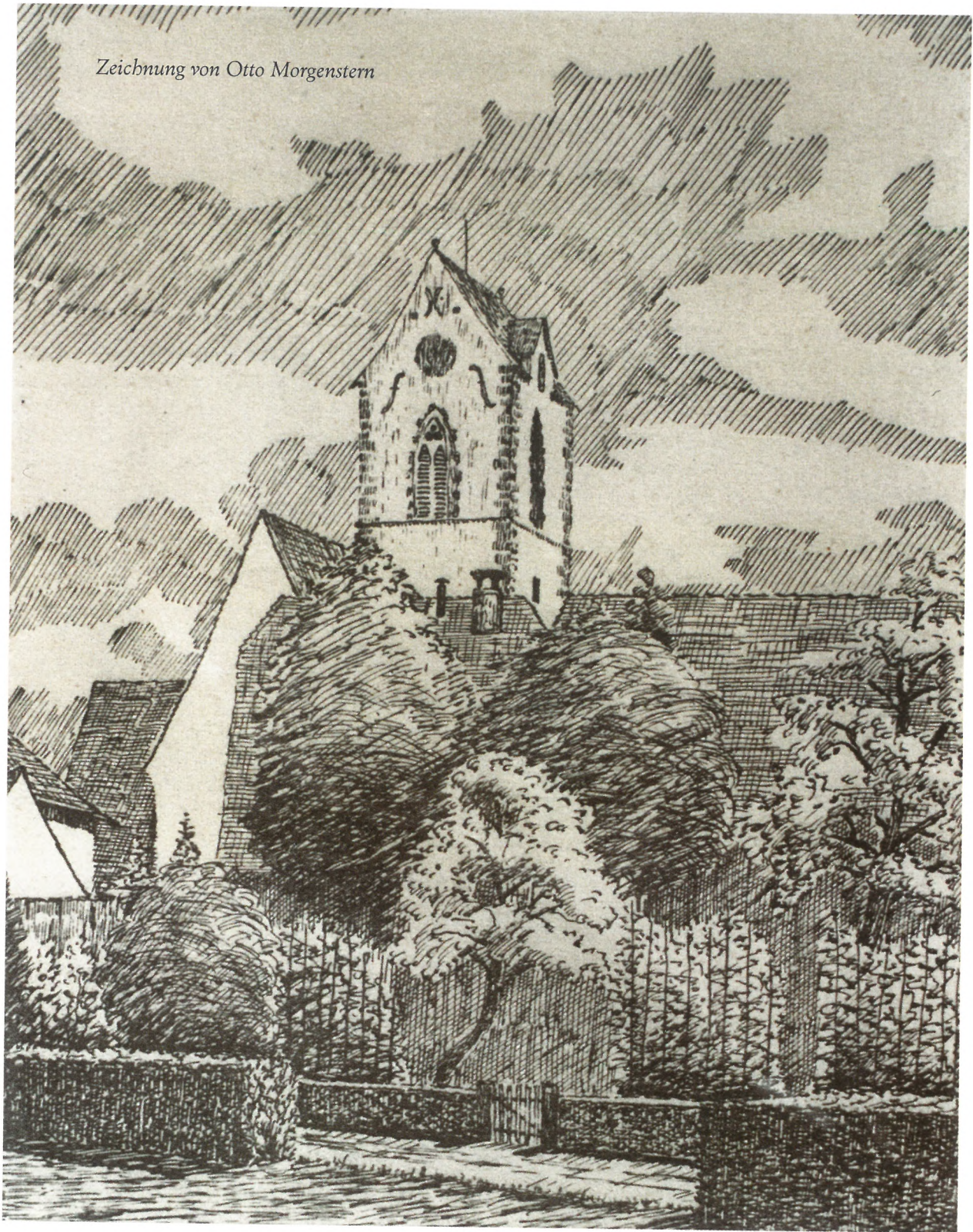
Betriebsfeier der Firma Vogelbach im Pflugsaal

Vorgänger: Gerade in einer Gemeinde in der Größenordnung Schopfheims, wo der soziale Kontakt enger und die neuen lokalen Politiker überall bekannt waren, kam dies zum Tragen. Besonders wichtig für die Nationalsozialisten waren wirtschaftliche Erfolge. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sollte nicht nur die Sozialkasse entlasten, sondern auch die Bevölkerung zufriedener stimmen und damit das Prestige der NSDAP erhöhen. In diesem Zusammenhang standen die vom Reich subventionierten sogenannten Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die in Schopfheim im Rahmen der 1934 eingeleiteten „Frühjahrsoffensive gegen Arbeitslosigkeit“ in Form von Forstsanierungs- und Wegearbeiten in Angriff genommen wurden.⁵⁹⁾ Dafür wurden im Wiesental entsprechende Arbeitslager errichtet, so etwa in Wies, das die Umgebung mit Arbeitern versorgte. Auch Schopfheim bemühte sich um die Errichtung eines solchen Lagers, was allerdings wegen fehlender

Finanzierungsmöglichkeiten nicht zustande kam. Die dafür bereits 1933 konzipierten Pläne kamen nicht zur Ausführung.⁶⁰⁾

Seit Mitte des Jahres 1933 schien sich der Alltag unter der Herrschaft der Nationalsozialisten zu normalisieren. Teilweise kam es jedoch innerhalb der Bevölkerung zu Kritik an rüdem Vorgehen der SA, die beispielsweise im September 1933 in der gesamten Umgebung von Haushalt zu Haushalt zog, um Waffen für militärische Übungen einzusammeln.⁶¹⁾ Der Terror gegen Menschen und Institutionen in der eigenen Stadt wie in den Nachbargemeinden wurde immer manifest. Weitere Beispiele menschlicher Tragödien mögen den Terror des NS-Systems gegen aktive Gegner veranschaulichen;⁶²⁾ so z.B. das tragische Schicksal des bereits erwähnten Otto Morgenstern. Der im Jahre 1902 geborene, in Schopfheim als Maler tätige Morgenstern trat bis 1933 als Mitglied der Kommunistischen Partei Schopfheims und des

Zeichnung von Otto Morgenstern



Schopfheimer Bürgerausschusses hervor. Er wurde bereits im August 1933 wegen Verbreitung antinationalsozialistischer Schriften zu 1 ½ Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Jahre später, im Juli 1936, ist er erneut, und zwar aufgrund einer Denunziation eines Schopfheimer Gestapo-Spitzels⁶³⁾ wegen – so die Standard-Anklage – „Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet und im Dezember desselben Jahres vom badischen Sondergericht zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Nach der Verbüßung der Strafe im Gefängnis in Ludwigsburg wurde er keineswegs entlassen, sondern vielmehr in ein Straflager und später in die Konzentrationslager Dachau und Mauthausen verbracht, wo er für fünf Jahre blieb. Im Anschluß daran kam er in das im Ostfeldzug eingesetzte „Strafbataillon Dirlwanger“.⁶⁴⁾ Schließlich geriet er in Nordungarn in russische Kriegsgefangenschaft, in der er dann im Frühjahr 1945 starb. Seine Familie mußte nicht nur sein grausames

Schicksal erdulden, sie hatte auch den Makel der Verfemung zu ertragen. – Ein ähnliches Los traf beispielsweise Erwin Matt. Auch er wurde im Juli 1936 von der Gestapo aufgespürt und wegen bei ihm vermuteter, gegen das Naziregime gerichteter Schriften verhaftet. Er starb kurz nach seiner Haftentlassung aufgrund seines während der Haftzeit schlechter gewordenen Gesundheitszustandes.

Zustimmung oder gar offene Unterstützung, Ignoranz und Passivität, aber auch die zunehmende Angst, früher oder später ebenso behandelt und bedroht zu werden, hielten die Bevölkerung davon ab, sich gegen offenkundiges Unrecht zu engagieren. Unbeachtet blieben diese Ereignisse wohl kaum, zudem zahlreiche Familienmitglieder der sich in Haft Befindenden gar selbst kurzzeitig inhaftiert, verhört oder beobachtet wurden. Die soziale Kontrolle blieb hier wie anderswo eines der besten Mittel der Nationalsozialisten, Angst und Unsicherheit zu verbreiten.⁶⁵⁾ – Die NS-Organi-



Tag der Einweihung des Raitbacher Kriegerdenkmals auf der Eck am 9. Mai 1937



„Pimpfe“, Angehörige des Deutschen Jungvolks, ziehen nahe Fahrnau zu einer Feier – Einweihung des Hitler-Jugend-Heimes in Fahrnau am 19. Mai 1935

sationen wie die NS-Frauenschaft, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) oder die Hitlerjugend banden die Menschen an den Nationalsozialismus. Speziell die Jugend wurde in und außerhalb der Schule besonders stark beeinflusst. Die Einführung einer auf strenge Hierarchie ausgerichteten Befehlssprache in den HJ-Formationen sowie die spielerisch vermittelten Wehrsportübungen und für die Mädchen die Förderung ihrer zukünftigen Fähigkeiten als Hausfrau und Mutter kennzeichneten die HJ. Wer ihr nicht beitrug erlitt durchaus persönliche Nachteile. Und dennoch stellte diese Art der Jugendarbeit für viele ein permanentes Abenteuer, eine wichtige gemeinschaftsbildende Freizeitgestaltung dar.

Viele Funktionen, Dienstleistungen, Feste sowie die Tätigkeit im Wohlfahrtsbereich – wie etwa die jährliche Sammlung für das Winterhilfswerk –, die zuvor von Kommunen oder verschiedenen Inter-





Aufmärsche der Hitler-Jugend in Fahrna







1934/1935

essengruppen ausgeführt worden waren, wurden nun von den dafür zuständigen Parteigliederungen übernommen. Alte Traditionen wurden in neuem Gewand fortgeführt. Mit ostentativen Bemühungen, die Arbeiter für den Nationalsozialismus zu gewinnen, versuchte die NSDAP, sie im Rahmen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zu sammeln. Der Tag der Arbeit am 1. Mai wurde nun zur Selbststilisierung der Nazis mißbraucht. Die DAF übernahm dessen Gestaltung und die „Hitlerleute“ marschierten uniformiert durch die Straßen. Rote Fahnen suchte man nun in den Straßen der Stadt vergebens.

Judenverfolgung und Euthanasie

Während sich die Situation der Mehrzahl der Schopfheimer Bürger nur unwesentlich änderte, das Leben in normalen Bahnen zu verlaufen schien, setzte nach und nach eine Entwicklung ein, die wegen ihrer Unerbittlichkeit, durch ihre unbeschreibliche Perversität und Grausamkeit bis heute kaum zu beschreiben, geschweige denn

nachzuvollziehen ist. Bereits 1934 begannen erste Erhebungen zur Frage der rassischen Abstammung einzelner Bürger. Waren davon zunächst nur Ausländer und Nachkommen ehemaliger „(farbiger) Besatzungsmächte“ aus der Nachkriegszeit betroffen, folgte rasch eine weitere Kreise betreffende Auslese.

Die bereits mit dem Jahr 1933 beginnende Ausgrenzung, Bedrohung und Verfolgung der Juden äußerte sich zunächst „nur“ in Boykottaufrufen gegen jüdische Unternehmen, Geschäfte und Praxen oder z.B. dem Ausschluß jüdischer Studenten aus deutschen Hochschulen. Sie gipfelte allerdings bereits im gleichen Jahr im „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (Entlassung der Juden aus dem Staatsdienst), ferner in dem Gesetz zur Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft (speziell für die nach 1918 in Deutschland eingebürgerten Juden) und in dem Ausschluß der Juden aus dem gesamten Kulturleben in Deutschland. Mit den am 15.9.1935 verkündeten sogenannten „Nürnberger Gesetzen“ verschärfte sich die Lage der jüdischen Mitbürger. Eheschließungen und außerehelicher Verkehr mit Deutschen wurden ihnen verboten. Ihnen wurden mittels des „Reichsbürgergesetzes“ und des „Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ künftig jegliches Wahlrecht aberkannt und die Arbeitsmöglichkeiten generell auf wenige Berufszweige beschränkt. „Arische“ weibliche Angestellte unter 45 Jahren durften so beispielsweise per Gesetz auch in Schopfheim nicht mehr bei ihren jüdischen Arbeitgebern tätig sein.⁶⁶⁾

Die nationalsozialistische Rassepolitik wurde überall vollzogen, keine Gemeinde konnte sich ihr völlig entziehen; lediglich die Art und Weise der Verwirklichung konnte unterschiedlich – mit mehr oder weniger Härte – ausfallen. Die Tatsache, daß keiner der in Schopfheim lebenden Juden im Staatsdienst oder in öffentlichen Ämtern tätig war und daß es auch keine jüdischen Schulkinder in der Gemeinde gab, machte hier die Anwendung dieser starren unmenschlichen Gesetze unnötig. – Nichtsdestoweniger hatten auch in Schopfheim

die von der NSDAP reichsweit organisierten Boykottaufrufe gegen die jüdischen Geschäfte und eine systematische Diffamierung der jüdischen Mitbürger ihre Anwendung gefunden. So postierten sich am 1.4.1933 mehrere SS-Angehörige ostentativ vor den jüdischen Geschäften, um die Schopfheimer Bürger vom Kauf abzuhalten. Das Photographieren der diesem Boykott zuwiderhandelnden Kunden oder auch bloße Denunziation sollten zusätzlich als psychologisches Druckmittel wirken. Dennoch wurde zumindest bis 1938 keine weitere Gewaltanwendung gegen Juden bekannt, ebensowenig scheinen die Boykottaufrufe von der Bevölkerung konsequent befolgt worden zu sein.⁶⁷⁾

In der Gemeinde gab es zwei sogenannte „Mischehen“. In einem Fall kam es im Jahre 1937 zur Scheidung. Der jüdische Ehemann Schweizer Herkunft wurde noch 1940 – allerdings auch wegen anderer Umstände – aus Deutschland ausgewiesen und ließ sich in der Schweiz nieder. Die zweite Ehe zwischen einer Jüdin und einem Schopfheimer endete – worauf noch kurz eingegangen werden wird – mit dem tragischen Selbstmord der Frau. In Deutschland lebten 1925 etwa 564.397 Juden, d.h. umgerechnet auf die Bevölkerung ca. 0,9 Prozent.⁶⁸⁾ Im gleichen Jahr wohnten im 4.576 Einwohner umfassenden Schopfheim 23 Juden, d.h. ca. 0,5% aller Einwohner, also prozentual weniger als im Reich.⁶⁹⁾

Wenig erinnert heute noch an die jüdischen Mitbürger Schopfheims: der Name eines Platzes sowie eine Gedenktafel an einer Hauswand, die auf den in Schopfheim geborenen Arzt, Schriftsteller und Philosophen Max Picard verweisen,⁷⁰⁾ das Bild einer jungen hübschen Frau in den persönlichen Aufzeichnungen eines Schopfheimers⁷¹⁾ und das dem Gedenken an alle Verfolgten des Naziregimes gewidmete Mahnmal auf dem Schopfheimer Friedhof.⁷²⁾ Die Häuser, die einst Juden bewohnten, stehen heute noch, Geschäfte, wie sie sie geführt hatten, sind auch heute darin untergebracht, manch einer kannte sie noch persönlich. Der ehemals häufigste jüdische Familienname Picard lebt heute ebensowenig fort

wie die Namen Auerbach, Hirschel oder Waldi. Auch eine jüdische Familie Mayer gibt es heute nicht mehr. In Schopfheim hatte nie eine große oder religiös aktive jüdische Gemeinde existiert. Die geringe Zahl und der hohe Grad der Assimilierung hatten ihnen die Integration in die Gesellschaft erleichtert. Sie fielen nicht auf, engagierten sich offensichtlich nicht im politischen Leben und galten als anerkannte, unbescholtene Bürger.

Der erste Schopfheimer Jude, ein um 1650 zugezogener Gastwirt, war zum Protestantismus übergetreten; er blieb für etwa 200 Jahre der einzige jüdische Mitbürger. Um 1875 waren es 17, 1900 19, im Jahre 1925 23, 1933 18 und seitdem bis 1940 insgesamt möglicherweise 31 Juden, die in Schopfheim lebten. Nach Kriegsbeginn hielten sich auch aus den am Rhein gelegenen Gemeinden evakuierte jüdische Familien kurzzeitig in Schopfheim auf. Die Schopfheimer Juden betrieben Textilgeschäfte oder Manufakturwarenhandlungen sowie Viehhandlungen und gehörten der Lörracher jüdischen Gemeinde an. Von ihnen starben bis 1940 fünf in hohem Alter eines natürlichen Todes, zehn verzogen innerhalb Deutschlands, vier wanderten in die USA aus (darunter auch der Sohn der Familie Auerbach), vier Schweizer Staatsangehörigen gelang es, rechtzeitig in ihre Heimat überzusiedeln. Offenbar sieben jüdische Bürger wurden am 22.10.1940 abtransportiert, in das unbesetzte Frankreich abgeschoben und dort in das Konzentrationslager Gurs gebracht.⁷³⁾ Die einzige in Schopfheim verbliebene jüdische Mitbürgerin, die mit einem Christen verheiratet war, wurde noch 1944 von der Gestapo verhaftet, „weil sie mit ihrem Sohn, der als ‚Mischling‘ als Obergefreiter aus der deutschen Luftwaffe entlassen worden war, in die Schweiz fliehen wollte. In Kenntnis des Schicksals von Verwandten, die im Osten spurlos verschwunden waren, nahm sie sich im Gerichtsgefängnis das Leben.“⁷⁴⁾

Obwohl es in Schopfheim, abgesehen von Ausnahmen in den Jahren 1933 und 1938, nach Angaben von Zeitzeugen kaum zu offenen gewalttätigen Ausschreitungen gegen Juden kam, litten

sie generell unter der gesellschaftlichen, politischen und insbesondere der wirtschaftlichen Ausgrenzung. Besonders gravierend und für die Existenz der Familien bedrohlich war die Einziehung jüdischen Vermögens bzw. dessen verordnete Entäußerung im Rahmen der „Arisierung der deutschen Wirtschaft“. Im Sommer 1938 wurden alle jüdischen Handels- und Gewerbetreibenden erfaßt, so auch beispielsweise die Schopfheimer Geschäftsleute Israel Maier Mayer und Emil Picard; gleichzeitig wurde auch land- oder forstwirtschaftlicher Grundbesitz der Juden registriert und im Regelfall requiriert. In dieser Hinsicht stellt Schopfheim – nun unter der Regentschaft Bürgermeister Blanks – eine positive Ausnahme dar. Noch bis zum Oktober 1940, das heißt bis zur Deportation der badischen Juden nach Gurs, verfügten die jüdischen Familien Auerbach (Viehändler) wie auch die Familie (Maier-)Mayer über wenigstens einen Teil ihres Grundstücks, so daß ihnen die Möglichkeit zur Versorgung über Pachteinnahmen oder das Halten von – wenngleich einer geringen Anzahl – Vieh geblieben war.

Trotz der Aufforderung der Kreisbauernschaft in Müllheim, das Land dieser jüdischen Bürger an „Arier“ zu veräußern, geschah dies nicht.⁷⁵⁾ Den jüdischen Geschäftsleuten wurde anfänglich noch die Möglichkeit eingeräumt, ihr Eigentum – allerdings zwangsläufig unter Wert – zu verkaufen. Schweizer Staatsbürgern wie etwa der Familie Picard konnte das Vermögen nicht enteignet werden. Doch durch die seit 1933 einsetzenden Boykottaufrufe gegen jüdische Geschäftsleute hatten auch sie Verluste hinnehmen müssen. Nach der Deportation kam es im Jahre 1941 zu einer rechtswidrigen Versteigerung des noch vorhandenen Vermögens einer nach Gurs verschleppten jüdischen Familie. Meist fiel das Vermögen laut Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 19.8.1942 an die deutsche Finanzverwaltung. Erst Jahre später, Anfang bis Mitte der fünfziger Jahre erhielten die Nachkommen und Überlebenden der Schopfheimer Juden die Möglichkeit, ihren Besitz zurückzubekommen. Lediglich einer von ihnen behielt einen Wohnsitz im ehemaligen Haus seiner Familie bei.

Im Zusammenhang mit der Pogromnacht am 9.11.1938, meist verharmlosend auch „Reichskristallnacht“ genannt, kam es auch in Schopfheim zu Ausschreitungen gegen jüdische Bürger und ihren Besitz. Zwar gab es in Schopfheim keine Synagoge, die in Brand zu setzen war, doch wurden in dieser Nacht die Fensterscheiben eines jüdischen Textilgeschäftes in der Scheffelstraße brutal eingeschlagen – angeblich lediglich die Tat eines Betrunkenen, der allerdings in Schopfheim als NS-Anhänger bekannt war. In der Schopfheimer Presse wurde dieses Ereignis damals kaum erwähnt. Zwei weitere jüdische Geschäfte in der Adolf-Hitler-Straße (Hauptstraße) wurden geplündert. Einem jüdischen Tuchhändler, der mit seinen Waren jahrelang durch das Markgräflerland und das Wiesental gezogen war und seinen Kunden – wie damals üblich – Kredit eingeräumt hatte, wurde nun die Rückzahlung verweigert – überdies hatte man ihn „übel zugerichtet“, „sein äußerer Zustand war ein Bild des Entsetzens“.⁷⁶⁾ Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung gegen Juden war in der „Reichskristallnacht“ vielerorts gefallen. Bereits einen Tag später öffneten die Geschäfte jedoch wieder; der fatale und täuschende Anschein, daß es sich um eine einmalige Aktion gehandelt habe, hielt viele Juden in Deutschland davon ab, das Land rechtzeitig zu verlassen – ein tödlicher Trugschluß wie sich herausstellen sollte.

Keine seit 1933 eingeleitete antijüdische Maßnahme hatte ein so umfassendes und endgültiges Ereignis voraussehen lassen, wie es dann am 22.10.1940 eintrat. Die noch rund 6.500 in Baden, der Pfalz und im Saarland lebenden Juden (in Baden allein ca. 4.500) wurden an diesem Tage deportiert oder zumindest für die Deportation, die wenige Tage später stattfand, zusammengetrieben. Ein Zeitzeuge berichtet: *„Dann kam der Tag..., an dem ein großes Polizeifahrzeug vor dem Hause Wallstraße 5 [der Familie Auerbach] stand und Bella und ihre Schwester Klara Auerbach, begleitet von Männern, die Ledermäntel anhatten und Hüte trugen [Gestapo, Geheime Staatspolizei], in diesen Wagen einsteigen mußten. Einer der Ledermäntel-Leute verteilte das, was an verderblichen Lebensmitteln im Hause vorhanden war, an die Kinder, die das Auto*

neugierig umstanden.“⁷⁷⁾ Innerhalb kürzester Zeit, etwa einer Viertelstunde, hatten die Juden ihr Gepäck zu richten. Die Qual, das Wichtigste und Notwendigste aus seiner Habe völlig unvermittelt und begrenzt auf wenige Kilogramm und etwas Bargeld oder Schmuck zusammenzustellen, und die dabei empfundene Angst vor dem ungewissen Schicksal ist nur schwer nachzuvollziehen. Von Freiburg aus wurden sie zusammen mit 340 anderen Juden nach Gurs deportiert. Von den Schopfheimer Juden überlebte keiner diese Verschleppung. Starben sie nicht bereits dort, so wurden sie im Zuge der seit der Wannsee-Konferenz am 20.1.1942 beschlossenen „Endlösung der Judenfrage“ nach Auschwitz gebracht und dort oder in einem anderen KZ schließlich vergast.

Vom Landratsamt Lörrach kam nach Beendigung der „Aktion“ am 24.10.1940 die Mitteilung: „Die Juden aus dem Lande Baden wurden unter dem 22. d.M. nach dem unbesetzten Frankreich abgeschoben“.

Auch in den nach 1945 erstellten Erhebungsbögen der Stadt kann man heute noch über das Schicksal der Juden statt des Tatbestandes der Deportation und des Hinweises auf den Tod im KZ verharmlosend lesen: „unbekannt verschoben“.⁷⁸⁾ Mit unverhohlener aber naiver Neugier hatten Kinder umhergestanden und das Abführen der jüdischen Mitbürger beobachtet; viele Erwachsene dürften die systematische und gewalttätige Deportation ihrer jüdischen Mitbürger registriert haben. Auch wenn man sich vielleicht kaum der Tragweite und der Grausamkeit des weiteren Schicksals dieser Menschen bewußt sein konnte, eine gewisse Ahnung, ein beängstigendes Gefühl mußte sich zwangsläufig einstellen. Die Reibungslosigkeit, mit der diese Aktionen, die Deportation der jüdischen Mitbürger überhaupt, im gesamten Reich ohne Widerspruch der Bevölkerung vollzogen wurden, ist erschütternd und beängstigend zugleich.



Kreispflegeheim Wiechs

Ein Beispiel dafür, daß Unmut, offene Kritik und Widerstand auch während des Nationalsozialismus Wirkung zeigen konnten, ist der Verlauf der sogenannten Aktion T4, die im Zeichen der „Eugenik“ („Erbgesundheit“) angeordnete Tötung „lebensunwerten Lebens“. Hinter dem Tarnnamen verbirgt sich die Anfang 1940 einsetzende massenhafte Ermordung behinderter Menschen (genannt nach der dafür zuständigen Institution in der Berliner Tiergartenstr. 4). Etwa 70.000 Männer, Frauen und Kinder fanden in speziell dafür eingerichteten Tötungsanlagen wie beispielsweise in Hadamar, Grafeneck, Brandenburg oder Hartheim/Linz den Tod. Die Patienten, meist geistig, aber auch körperlich Behinderte – auch Kinder –, sogenannte Asoziale, Alkoholiker und alte Menschen wurden aus den jeweiligen Heil- und Pflegeanstalten geholt. Zu ihnen gehörte auch die Kreispflegeanstalt Wiechs, die im Jahre 1877 eröffnet worden und nach Modernisierungs- und Ausbaumaßnahmen zu einer renommierten Anstalt angewachsen war.⁷⁹⁾ 1931 wurden dort 270 Patienten gepflegt. Viele von ihnen machten sich im Betrieb nützlich. Die Aktion traf die Anstaltsleiter völlig unvorbereitet. Die für die Durchführung dieser langfristig geplanten Aktion notwendigen Vorbereitungen waren vom Reichsministerium des Inneren unter absoluter Geheimhaltung ausgegangen. Die Leiter der Kreispflegeanstalten blieben – zumindest bei den ersten Abtransporten – weitgehend über den Hintergrund dieser Transporte uninformatiert.

Erste Kenntnisse oder wenigstens Befürchtungen erweckte die auffällig große Zahl der rasch hintereinander eintreffenden Todesnachrichten. Die Tötungen fanden unmittelbar nach Eintreffen der Opfer an den für die Euthanasie („Sterbehilfe“) vorgesehenen Anlagen durch Vergasung oder Giftinjektionen statt. Als Todesursache wurde ein natürlicher bzw. krankheitsbedingter Tod angeführt. Die Vielzahl der Todesnachrichten machte nicht nur die Leiter und Ärzte der Pflegeanstalten skeptisch sondern auch die Angehörigen, denen man ähnliche Begründungen als Todesursachen angab. Die zum Teil von den Verwandten geforderten sterblichen Überreste wurden – wenn überhaupt – in Form von Asche, meist allerdings keiner

menschlichen, in Urnen zugeschiedt. Die von den Pflegeanstalten den Patienten mitgegebene Kleidung wurde offensichtlich unbenutzt wieder zurückgesandt; ein Anzeichen dafür, daß die Patienten kaum länger als einige Tage den Transport überlebt zu haben scheinen.

Alle diese Tatsachen führten zu zunehmender Skepsis sowohl der Pflegeleitung in Wiechs als auch der Angehörigen. Aus Wiechs wurden in der Zeit zwischen dem ersten Transport am 31.7.1940 und dem dritten und letzten am 18.4.1941 insgesamt 108 Patienten abtransportiert. Wurden beim ersten Mal, als die Aktion noch als eine Verlegung der Patienten in das vom Krieg weniger gefährdete Hinterland dargestellt wurde, insgesamt 76 Patienten mitgenommen, setzte sich der verantwortliche Arzt bei den beiden folgenden Abtransporten unter persönlichem Risiko nachhaltig dafür ein, die Zahl erstens deutlich zu senken, und zweitens lediglich alte, kranke Personen auszuwählen. Die zuvor für die Abtransporte von den Pflegeanstalten zu erstellenden Meldebogen wurden manipuliert, Patienten als für die Versorgung und die Bewirtschaftung der Anstalt notwendig und damit als unersetzlich deklariert, die Diagnosen der Patienten beschönigt. Auf diese Weise wurde die Zahl weiter herabgesetzt und damit das Leben vieler Patienten gerettet. Im Laufe des Jahres 1941 wurde diese Art der systematischen Tötung aufgrund der in der Bevölkerung entstehenden Unruhe und der zunehmenden Kritik der beiden Kirchen abgesetzt.

Der Zweite Weltkrieg

Diese Ereignisse, so tragisch sie waren, traten bei der Bevölkerung angesichts der Kriegssituation in den Hintergrund. Seit September 1939 herrschte Krieg, der in Südbaden auf wenig Begeisterung stieß. Die Grenzlage wurde insbesondere nach den Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg als noch bedrohlicher empfunden; Evakuierungen der unmittelbaren Grenzgemeinden fanden bereits 1939/40 statt. Bald trafen auch in Schopfheim die ersten Flüchtlinge ein, ursprünglich Evakuierte aus

dem Rheintal, die nach kurzer Zeit wieder in ihre Gemeinden zurückkehrten, später – besonders seit 1944 – Evakuierte aus dem Kölner Raum und dem Ruhrgebiet. Im November 1941 waren 72 Personen in privaten Unterkünften oder Gasthäusern der Stadt untergebracht, im Juni 1942 waren es bereits 84 Flüchtlinge.⁸⁰⁾

Die Evakuierten blieben allerdings nicht die einzigen „Zugewanderten“. Bereits im Juni 1940 wurde im Bürgermeisteramt der Beschluß zur Errichtung eines Arbeitslagers für Kriegsgefangene in Schopfheim gefaßt. Die Abwesenheit der Männer durch den Kriegseinsatz und der dadurch bedingte Mangel an Arbeitskräften vor allem in der Land- und Forstwirtschaft veranlaßte die Gemeinde, eine verstärkte Zuteilung von Kriegsgefangenen zu fordern.⁸¹⁾ Am 6.7.1940 trafen 10 polnische Kriegsgefangene aus dem Stammlager VB in Villingen ein. Sie ersetzten die bereits zuvor anwesenden 8 Gefangenen, die nun abgezogen wurden. Die Unterbringung erfolgte in einzelnen Fällen privat, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen polnischen Zivilarbeitern, die anfangs unter Vorspiegelung falscher Tatsachen freiwillig, später allerdings mit Zwang aus Polen nach Deutschland gebracht wurden. Die meisten Gefangenen wurden aber in einem Lagerraum der Firma Müller/Tscheulin untergebracht.

Sie taten ihren Dienst sowohl in der Waldwirtschaft bei der Holzhauerei und beim Wegebau als auch in der Landwirtschaft und im Baugeschäft. Viele von ihnen hatten in ihrer Heimat selbst eine kleine Landwirtschaft und dienten nun unter Zwang in einem fremden Staat – kaum unter 60 Stunden in der Woche und im Falle der zivilen polnischen Arbeiter mit einem monatlichen Lohn von 13,50 RM; die Vergütung für die Kriegsgefangenen ging dagegen an das Stammlager nach Villingen. Beaufsichtigt von einem Wachmann, wurden sie im „Gasthaus zur Linde“ gepflegt. Zu den Polen kamen im Laufe der Zeit weitere Gefangene aus Frankreich oder Jugoslawien. Die Höchstzahl von 19 oder 20 französischen und 10 polnischen Gefangenen im November 1940 dürfte wohl kaum mehr überschritten worden sein.⁸²⁾

Vielen dürfte die tragische Geschichte von der tödlichen Liebe eines polnischen Zwangsarbeiters zu einer Deutschen, die sich in Brombach zugezogen hat, bekannt sein; einzelnen vielleicht aus eigener Anschauung, den anderen aus der literarischen Verarbeitung des Themas durch Rolf Hochhuth.⁸³⁾ Sie endete mit der Erhängung des Polen vor den Augen aller aus der Umgebung zusammengetriebenen Zwangsarbeiter, sie wurde – als besonders perverse Variante der Abschreckung – von Gesetzes wegen durch einen „Schutzhäftling der gleichen Volksgruppe“ vollzogen. Die deutsche Frau durchlitt eine schreckliche Zeit im Gefängnis und im Konzentrationslager. Auch in Schopfheim kam es offensichtlich zu einer demonstrativen, wenngleich nur auf gesellschaftliche Ächtung begrenzten Verurteilung einiger Schopfheimerinnen, die sich mit Gefangenen eingelassen haben sollen.⁸⁴⁾

Wie im Ersten Weltkrieg, so gab es in Schopfheim auch im Zweiten eine Reihe von Betrieben, die zumindest zeitweise von der Rüstung profitierten – etwa die Firma Freudenberg oder die Firma Schnitzer und Leber durch die Holzverarbeitung für Telegraphenmasten und Eisenbahnschwellen. Bereits im Oktober 1940 gehörte die Markgrafstadt zu den sogenannten Rüstungsgemeinden im Reich.⁸⁵⁾ Infolge des Krieges und der Abwesenheit der Männer mußten einige Schopfheimer Handwerker ihre Betriebe im Jahre 1943 zeitweise total schließen oder sie konnten ihre Geschäfte und Werkstätten nur begrenzt fortführen.⁸⁶⁾ – Gegen Kriegsende erhöhte sich die Zahl der Schopfheimer Gefallenen; immer mehr Verwundete trafen im hiesigen Lazarett ein, das zunächst im Kreiskrankenhaus, dann im Kreispflegeheim eingerichtet war, zuletzt aber in der Albert-Leo-Schlageter-Schule, Oberschule für Jungen (der heutigen Friedrich-Ebert-Schule), in der auch ein Teil des städtischen Krankenhauses der Stadt Lörrach untergebracht wurde.⁸⁷⁾

Zunehmender Mangel an Nahrungsmitteln machte einen verstärkten Anbau von Gemüse und Kartoffeln unter Ausnutzung jedes Eckchens brauchbaren Bodens notwendig; Lebensmittel-

karten, über die die kontingentierten Nahrungsmittel zu erhalten waren, deckten nur unzureichend den Bedarf. Am Schopfheimer Güterbahnhof wurden an die wartende Menschenschlange Kohle, Brikett, Weißkraut und Kartoffeln verteilt, wie Heiner Schneegaß berichtet. Der Vorteil für die Stadt und ihre Bewohner lag in der peripheren geographischen Lage und der ländlichen Umgebung, dank der – anders als in den Großstädten West- und Norddeutschlands – die Nahrungsmittelversorgung noch weitgehend aus den Produkten der Region gedeckt werden konnte. Heilkräutersammlungen und das Absammeln von Schädlingen wie Kartoffelkäfern sollten nicht nur den Ertrag steigern und die Versorgung sicherstellen, sondern sie wirkten auch als solidarisiertes Element. Ebenso die zahlreichen Aktivitäten der Hitlerjugend und des BDM, die insbesondere im Falle der Jungen mehr und mehr eine militärische Erziehung beinhalteten. Die Schopfheimer Hitlerjugend erhielt diese in den Lagern Brombach und Bernau. *„Endlose Schanzzüge brachten Frauen, Mädchen und Hitlerjugend mit Schaufeln und Pickeln ausgerüstet in's Rheinvorland. Dort mußten sie Panzergräben ausheben.“* (So berichtet Schneegaß.) Junge Frauen im Arbeitsdienst und Schüler beim Bau von Sicherungsanlagen für Kraftwerk und Stauwehre nahe dem Isteiner Klotz – die Schulen blieben zeitweise geschlossen: Die Schopfheimer Jugend mußte ihren Tribut für den Krieg erbringen.

Dennoch verliefen die Kriegsjahre im Wiesental relativ ruhig. Nicht allzu fern von der Schweizer Grenze und zu weit von den Kriegsschauplätzen und den unmittelbaren Zielen des Bombenkrieges war es dafür prädestiniert, den deutschen Truppen als Eisenbahnstützpunkt für die Versorgungstransporte an die Front zu dienen. Die seit 1939 in der Stadt einquartierte „Schlächterkompanie“ sorgte für die Fleischversorgung deutscher Truppen an der Front am Rhein. Kanonen, Funkwagen, Gulaschküchen und Feldschmiedewagen gingen von Schopfheim aus an die Westfront. Ein während des Frankreichfeldzuges im Juni 1940 auf den Gleisen der Wiesentalbahn vor Schopfheim aufgestelltes Eisenbahngeschütz, das die

französische Festung Belfort beschießen sollte, erregte nicht nur Aufsehen, sondern machte die Bedrohung durch den Krieg deutlich.

Nach der katastrophalen Niederlage der deutschen Truppen bei Stalingrad Anfang 1943 begann die letzte Phase des Krieges, die mit der Mobilisierung aller noch verfügbaren Kräfte verbunden war. Reichsweit kam es zur Einberufung der männlichen Oberschüler der Jahrgänge 1926/27. Seit August 1943 wurden die Jungen aus Schopfheim, Lörrach und Müllheim zu Flakhelfern ausgebildet. Sie wurden in Lörrach in der Gaststätte Lasser einquartiert und militärisch ausgebildet oder wie im darauffolgenden Oktober an den Kampfstellungen des Isteiner Klotzes eingesetzt. Die mittlerweile entlang des Wiesentals eingerichteten Geschützstellungen (etwa als Flak vor Gündenhäusern) und das im Keller des städtischen Rechnungsamts installierte sogenannte Fluko (Flugkommando), sollten zur Überwachung bzw. Sicherung des Luftraums dienen. Dies brachte nicht nur Soldaten in die Stadt, sondern ließ auch eine Vielzahl junger Schopfheimerinnen im Nachrichtendienst tätig werden. Ein Beobachtungsposten befand sich auf dem Hohe Flum-Turm. Die Schopfheimer und die Langenauer Wieserbrücke sowie der Haseler Tunnel erhielten Sprengladungen zur Verteidigung bei herannahender Front. Der Kurator der Reichsuniversität Straßburg hielt die Stadt jedoch für so sicher, daß er noch im Oktober 1944 Erkundigungen anstellte, inwieweit die Möglichkeit bestünde, wissenschaftliche Apparaturen, Geräte und Literatur der Universität in die Landwirtschaftsschule auszulagern.⁸⁸⁾

Daß Schopfheim allerdings keineswegs absolut sicher vor kriegserischen Übergriffen war, sollte sich mehrere Monate später, im Februar 1945, zeigen. Bereits seit dem Frühsommer 1944 nahm man verstärkt, fast täglich, das Brummen der „Jabos“, der alliierten Jagdbomber, wahr. Zahlreiche Gemeinden im Markgräflerland, etwa Haltingen, gerieten unter Beschuß; eine erneute Welle der Evakuierung setzte ein. Am 27.11.1944 wurde Freiburg Opfer eines verheerenden briti-



Flugkommando im Keller des alten Amtsgerichtes

schen Luftangriffs. Wenige Monate später traf es auch Schopfheim, das sich in Anbetracht der am Rhein vorrückenden französischen Truppen in Verteidigungsbereitschaft zu setzen versuchte. Panzersperren wurden nach Schneegaß z.B. zwischen dem damaligen evangelischen Pfarramt und dem Bezirksamt gebaut, weitere im großen Stadttor und in der Pflugkurve. Deutsche Solda-

ten kamen auf dem Rückzug von der Front durch Schopfheim, während wie überall in Deutschland im November 1944 noch der „Volkssturm“ als letztes Aufgebot zur Verteidigung aufgerufen wurde.

Am 16. Februar 1945, um 15.15 Uhr, wurden dann innerhalb von drei Minuten von überflie-



Haus der Familie Gräßlin in der Karlstraße nach dem 16.2.1945

genden britischen Jagdbombern 16 Sprengbomben über der Stadt abgeworfen. Von Gündenhäusern her kommend hinterließen sie eine Schneise der Verwüstung. Zwei Schopfheimer Bürger, Amtsgerichtsrat Dr. Stehle, der sich im Dienstgebäude des Amtsgerichts aufhielt, und Installateurmeister Otto Weiß, der noch versucht hatte, hinter der Friedhofsmauer Schutz zu suchen, wurden getötet; sechs Soldaten, vier Frauen und vier Ostarbeiter wurden verletzt. Außer dem teilweise stark zerstörten Amtsgericht wurde das Haus der Familie Gräßlin durch eine Bombe aufgerissen. Allein der Tatsache, daß es sich in diesem Falle um einen Blindgänger handelte, verdankte die Familie, die sich im Keller des Hauses aufhielt, ihr Überleben. Die Hälfte des Direktorenhauses der Hanf-Union war zerstört, ebenso ein Teil des Imprägnierwerkes Schnitzer und Leber; ansonsten

wiesen einige öffentliche Gebäude, einzelne Privathäuser und mehrere landwirtschaftliche Gebäude in Gündenhäusen nur relativ leichte Schäden auf. 22 Personen waren zumindest für eine gewisse Zeit obdachlos geworden.⁸⁹⁾ Mit großer Nervosität und Furcht reagierte man künftig wohl auf jeden Alarm.

Bis zum 28. April 1945 war das gesamte Südbaden von französischen Truppen besetzt. Doch manch einer wollte oder konnte die Niederlage nicht akzeptieren. Während einige noch Unbelehrbare meinten, mit Widerstand die französischen Truppen von der Besetzung abhalten zu können, flohen bisher aktive Nazis und entzogen sich so der Verantwortung. In Schopfheim herrschte wie in den meisten Gemeinden Unruhe. So kam es in den letzten Kriegstagen auch nicht fern von Schopf-

heim noch zu einer Tragödie. Unter dem Kommando eines fanatischen Unteroffiziers wurden einige Jugendliche der HJ bzw. des Volkssturms aus Schopfheim und seiner Umgebung in einer den Werwolf-Organisationen ähnlichen Aktion dazu angehalten, als letzte Verteidigungsmaßnahme bei Elbenschwand Stellungen gegen die heranrückenden Franzosen zu errichten. Für die schwere Arbeit wurden ihnen litauische Zwangsarbeiter zugeteilt. Nachdem die Arbeit beendet war, wurde den Jungen befohlen, die Litauer vor Ort zu erschießen, um damit auszuschließen, daß diese die Lage der Stellungen verrieten. Der unmittelbar nach dem Kriege von den Franzosen eingeleitete Prozeß gegen den verantwortlichen Unteroffizier, der nur zu einer relativ kurzen Haft verurteilt wurde, fand erst vor einigen Jahren durch die Wiederaufnahme des Verfahrens mit der nachträglichen – angesichts des Alters des Angeklagten – milden Verurteilung sein Ende.

Aus Furcht vor den Besatzern und vor Beschlagnahmungen wurden zuletzt die noch vorhandenen Vorräte an die Bevölkerung verteilt. Während sich die Franzosen von Hausen und Fahrnau aus der Stadt näherten, soll eine kleine Gruppe von Volkssturmmännern kurzzeitig den Plan zum Widerstand gehegt haben, doch angesichts der Übermacht und der Aussichtslosigkeit und vor allem aufgrund der eigenen Furcht habe man den Gedanken wieder fallen gelassen (wie Schneegaß angibt). An dieser Stelle bietet die vom damaligen katholischen Pfarrer Gnädinger beschriebene Situation beim Einmarsch der Franzosen ein authentisches Bild: *„Die Besetzung Schopfheims durch die französischen Truppen erfolgte am Abend des 24. April 1945. Kampfhandlungen haben keine stattgefunden. Wohl gab es auch in der hiesigen Stadt einige Heißsporne, die Schopfheim verteidigt wissen wollten. Doch waren sich die maßgeblichen Stellen wie Bürgermeisteramt, Gendarmerie und selbst die Ortsgruppenleitung einig, daß eine Verteidigung zwecklos sei und damit nicht in Frage komme. ...Lediglich der Feldwebel einer versprengten Abteilung, der sich gerade in der Stadt befand, schoß auf einen Franzosen, der verwundet wurde. Der Täter selbst wurde dann sofort von den Franzosen festgenommen, ohne daß weitere*

*Folgen für Schopfheim eintraten. Am folgenden Tage, am 25. April, fand dann eine große Durchfahrt von französischen Panzern statt“.*⁹⁰⁾ Am 26. April folgte die endgültige Besetzung der Stadt.

Das Ende der Kampfhandlungen war endlich da – mit ihm auch eine Zeit weiterer Entbehrungen, aber vor allem der Hoffnung. Der damalige Bürgermeisterstellvertreter Eckert (Direktor der Hanf-Union) warnte noch eine Woche nach dem Einmarsch der Franzosen vor unüberlegten Handlungen (etwa Selbstmord) und appellierte an die Bevölkerung, „der Zukunft mutig ins Gesicht zu sehen“.⁹¹⁾ Das dunkelste Kapitel der Schopfheimer Geschichte war beendet. Deutschland unterstand für die nächsten Jahre alliierten Militärregierungen, und mit der Kapitulation am 8. Mai 1945 war das Ende des „Dritten Reichs“ formell besiegelt. Geblieben ist die Trauer und das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und des Krieges.